

STEUERSENKUNGEN GUT, ABER NICHT AUSREICHEND UND NICHT AUSGEWOGEN

„Der ÖGB hat schon vor knapp einem Jahr massiv eine Steuerreform gefordert, und auch dass sie schon 2009 kommen muss“, sagte der geschäftsführende Präsident des ÖGB, Erich Foglar. „Wir begrüßen daher, dass die Menschen durch die Steuersenkung real mehr Geld zur Verfügung haben werden. Bedauerlich ist allerdings, dass es keinen generellen Systemwechsel gibt und dass die Vorschläge einige unverständliche Bevorzugungen für Unternehmen beinhalten.“

Steuerreformgesetz 2009

Auszüge aus der Stellungnahme des ÖGB:

Als Kernstück des Steuerreformgesetzes 2009 – eines Teils der Maßnahmenpakete – soll die Absenkung des Lohn- und Einkommensteuertarifes mit einem Steuersenkungsvolumen von 2,38 Mrd. Euro rückwirkend mit 1. 1. 2009 wirksam werden.

Der Gesetzesentwurf enthält jedoch Regelungen, die für den Österreichischen Gewerkschaftsbund inakzeptabel sind.

Die beabsichtigten Regelungen über den Gewinnfreibetrag (§ 10 EStG) werden vom Österreichischen Gewerkschaftsbund als Versuch gewertet, eine „Sechstel-Begünstigung“ für Unternehmer einzuführen bzw. auszuweiten.

Im Hinblick auf die von der Regierung wegen der Finanzkrise getroffenen bzw. noch beabsichtigten weiteren Stabilisierungsmaßnahmen kann es nur als skandalös gewertet werden, wenn im Entwurf in § 10 Abs. 3 Z 2 EStG daran festgehalten wird, dass die Anschaffung von Wertpapieren (!) weiterhin als steuerbegünstigte Investition gilt.

Familienpaket

Der Freibetrag für Kinderbetreuung kann einer gut verdienenden Familie mit drei Kindern, die in der Regel auch höhere Kinderbetreuungskosten hat, zusätzlich zu der Tarifsenkung bis zu 3.450,- Euro bringen; eine teilzeitbeschäftigte Alleinerzieherin hat davon gar nichts. Dies ist verteilungspolitisch weder ausgewogen noch fair.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund spricht sich deshalb gegen die Einführung von Kinderfreibeträgen aus, denn jedes Kind ist gleich viel wert – dies muss auch steuerlich so bleiben!

Eine teilzeitbeschäftigte Alleinerzieherin mit einem Kind erhält aus dem gesamten Familienpaket durch den erhöhten Kinderabsetzbetrag nur 90,- Euro jährlich im Verhältnis zu 1.324,- Euro, die ein sehr gut verdienender Familienvater mit einem Kind aus dem Kinderfreibetrag und dem Kinderbetreuungsfreibetrag lukrieren kann. Das ist sozial nicht ausgewogen. Die schiefe Optik soll verbessert werden, indem der Alleinerzieherabsetzbetrag valorisiert und deutlich – auf das Doppelte – erhöht wird.



Foto: Bildagentur Waldhäusl

Forderungen

Der Österreichische Gewerkschaftsbund vertritt ausdrücklich die Auffassung, dass insbesondere jene Gruppen, die mitverantwortlich für die Finanzkrise sind, einen substanziellen Beitrag zur Krisenbewältigung zu leisten haben. Dazu gehören insbesondere folgende Elemente:

- Wertpapiere dürfen kein begünstigungsfähiges Investitionsgut sein
- Begünstigungen von Stock Options müssen als Symbol einer gescheiterten wirtschaftspolitischen Ideologie abgeschafft werden
- Die vorauseilende Anrechnung von Auslandsverlusten im Rahmen der Gruppenbesteuerung muss gestrichen werden
- Solange auf EU-Ebene die Finanztransaktionssteuer nicht umgesetzt ist, muss innerösterreichisch eine Börsenumsatzsteuer mit 0,25% eingeführt werden, die beim Kauf und Verkauf von Wertpapieren fällig ist
- Für Vermögenserträge in Stiftungen ist die volle KEst abzuführen. Derzeit wird nur die halbe KEst für Zinsen/Kapitalerträge aus Veranlagungen bzw. Veräußerungsgewinnen und null Steuer auf entnommene Substanz eingehoben.
- Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, bei der kleinere Vermögen von dieser Steuer verschont bleiben und größere Vermögen mit geringeren Steuersätzen als jetzt besteuert, aber dafür realistisch bewertet werden.